Antrag

der Abgeordneten Kunze und Genossen

betr. Umsatzsteuerbefreiung der Freien Wohlfahrtspflege.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 21. Juli 1950 - Nrn. 262, 1124 der Drucksachen so auszulegen, wie es der Deutsche Bundestag gefordert hat. Demgemäß sollen die Umsätze der amtlich anerkannten Verbände der Freien Wohlfahrtspflege mit den ihnen angeschlossenen Untergliederungen und Einrichtungen insoweit der Umsatzsteuer nicht unterliegen, als die Verbände und Einrichtungen den Vorschriften der Gemeinnützigkeitsverordnung entsprechend, Befreiung von der Körperschaft-, Vermögensteuer pp. genießen.

Die Bundesregierung wird des weiteren ersucht, durch Erlaß die zuständigen Stellen anzuweisen, bis zur gesetzlichen Regelung vorstehend erörterter Fragen die Umsatzsteuerbeträge entsprechend dem vollen Umfange zu stunden.

Bonn, den 15. Dezember 1950

Kunze
Frau Dr. Weber (Essen)
Höfler
Frau Niggemeyer
Pelster
Dr. Pünder
Scharnberg
Kahn

Görlinger Dr. Wenzel Frau Nadig Böhm Dr. Hammer Matthes

Frau Wessel Frommhold